

19.06.2019

Bayern zieht Fazit der Delegationsreise nach Polen

Aiwanger: "Erfolgreiche Delegationsreise ist nur der Auftakt, weitere Gespräche mit der Woiwodschaft Niederschlesien folgen"

(Bayern) - Als letzte Station besuchte die Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger Breslau. Dort traf der Minister am Donnerstag den Marschall von Niederschlesien, Cezary Adam Przybylski und den deutschen Generalkonsul, Hans Jörg Neumann zu wirtschaftspolitischen Gesprächen. Anschließend haben sie gemeinsam mit dem stellvertretenden Stadtpräsidenten von Breslau, Jakub Mazur sowie mit der bayerischen Bierkönigin und zwei Weinprinzessinnen das große Sommerfest des Generalkonsulats eröffnet.

Im Fokus standen heute die Themen Tourismus, Digitalisierung und Startups. Aiwanger: „Wir sind gut beraten die Zusammenarbeit weiter erfolgreich voranzutreiben. Konkret wollen wir Startups zusammenbringen, bei Smart City Konzepten voneinander lernen und im Tourismus stärker kooperieren, beispielsweise durch polnische Beteiligungen an Messen in Bayern.“

Aiwangers Fazit der Delegationsreise: „Ich habe viele interessante Gespräche geführt und viele gemeinsame Herausforderungen für Polen und Bayern festgestellt. Die polnische Wirtschaft ist eng mit der deutschen verflochten und wächst seit vielen Jahren, was auch uns Vorteile bringt. Das ist erfreulich und ein guter Ansatzpunkt für weitere Kooperationen. Die Delegationsreise ist daher nur der Auftakt. Mit der Woiwodschaft Niederschlesien haben wir bereits weitere Gespräche vereinbart. Unser Ziel, die Kontakte und die Zusammenarbeit zu verstärken, haben wir erreicht. Viele der teilnehmenden Unternehmer haben Geschäftspartner auf polnischer Seite gefunden und ich habe sehr positive Rückmeldungen für diese Reise bekommen. Damit war die Wirtschaftsreise ein Erfolg.“

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 IXPOS

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.